



Stadtverband Trier
Jüdemerstr. 16, 54290 Trier
Fon 0651-48707, info@gruene-trier.de

GRÜNER Appell an die Bundesländer

Die Solidarität mit den Flüchtlingen vor Ort ist da.

Wir erwarten aktive Unterstützung für Flüchtlinge von Land und Bund!

In Trier und Umland gibt es nach wie vor eine große Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge. Generationenübergreifend unterstützen viele Menschen die kommunale Integrationsarbeit unter der Federführung der Sozial-, Jugend- und Bildungsdezernentin.

Erst kürzlich ließen sich hunderte Bürger*innen für die Wanderausstellung „Flüchtlinge willkommen“ fotografieren. Dies ist nur ein Beispiel des vielfältigen alltäglichen Engagements der Triererinnen und Trierer und des Engagements der Migrant*innen selbst. Dieses Miteinander und Füreinander hat die Gesellschaft vor Ort bereichert und gestärkt sowie sozialpolitisch überfälligen Entscheidungen Schubkraft gegeben, von denen auch Einheimische profitieren - wie es am Beispiel des Ausbaus neuer Sozialwohnungen zu sehen ist. Dieser Einsatz verdient unseren persönlichen Respekt, unseren öffentlichen Dank und weiterhin unsere aktive Unterstützung.

Allerdings sehen wir mit Sorge, dass die Bundesregierung gerade diese Solidarität in den letzten Monaten zunehmend untergräbt: Mit Abschiebungen in akute Kriegsgebiete, durch den Ausschluss einer großen Zahl von Flüchtlingen von der staatlichen Integrationsförderung, künstlich erschwertem Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt sowie dem Stopp von Familiennachzug für anerkannte Flüchtlinge aus Kriegsgebieten.

Daher formulieren auch wir - wie derzeit viele Organisationen - im Folgenden einen **Appell an die Landesregierung und insbesondere an die Bundesländer**, dem Programm sozialer Destabilisierung des Bundesinnenministers entgegen zu treten.

1. Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Im jüngsten Bericht des UNHCR zur Situation in Afghanistan ist zu lesen, „dass sich die Sicherheitslage [...] nochmals deutlich verschlechtert hat.“¹ PRO ASYL teilt diese Einschätzung: „Die Lage in Afghanistan ist dramatisch. Die Zahl der zivilen Opfer steigt. Einem aktuellen UNHCR-Bericht zufolge ist das ganze Land von gewaltsamen Konflikten erfasst. Doch das Bundesinnenministerium forciert weiter Abschiebungen nach Afghanistan. Sehenden Auges wurden Menschen mit einem Sammelflug am vergangenen Montag in ein Kriegs- und Krisengebiet abgeschoben, wo ihnen Gefahr für Leib und Leben droht.“

Das Verneinen dieser Realität durch die große Koalition ist der Grund, warum Afghanistan weiterhin als nicht unsicheres Herkunftsland eingestuft und Menschen dorthin abgeschoben werden. Doch nicht nur das Abschieben von Menschen in Kriegsgebiete ist skandalös. Da die Asylverfahren bei Menschen aus Afghanistan in der Regel sehr lange dauern, ist häufig bereits ein fortgeschrittener Integrationsprozess festzustellen.

So waren bei einem Abschiebeflug im Januar 2017, unter Beteiligung der Länder Hamburg, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg, unter den 26 Abgeschobenen mehrere junge Männer, die gut Deutsch sprachen und teilweise jahrelang von eigener Arbeit in Deutschland lebten.

In Trier und Umgebung leben einige hundert afghanische Flüchtlinge, darunter auch viele unbegleitete Minderjährige. Im Gegensatz zu anderen Flüchtlingen, die aus Bürgerkriegsländern kommen, wird für sie seitens des Bundes der Zugang zu Sprachkursen, Ausbildung und Arbeit zunehmend eingeschränkt. Die CSU stellt gar die Anwendung der UN-Kinderrechtskonvention auf minderjährige Flüchtlinge in Frage.

All dies unterminiert die gemeinsamen erfolgreichen Anstrengungen vieler afghanischer Flüchtlinge, sich zu integrieren, sowie der Kommunalverwaltungen, Wohlfahrtsverbände, Bildungseinrichtungen, Arbeitsagenturen, Jobcenter, Kammern und Ehrenamtlichen, die sie dabei unterstützen.

Die Kritik an Abschiebungen nach Afghanistan wächst: Vertreter der Kirchen in Deutschland bezeichneten die Abschiebungen als »humanitär unverantwortlich«, der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert ebenso wie PRO ASYL

¹ <https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/2017-Bericht-UNHCR-Afghanistan.pdf>

einen Abschiebestopp. Gemeinsam mit diesen Verbänden und vielen Menschenrechtsorganisationen lehnt die GRÜNE Bundestagsfraktion, besonders tatkräftig die migrationspolitische Sprecherin Luise Amtsberg und unsere Trierer Bundestagsabgeordnete Corinna Ruffer, Abschiebungen nach Afghanistan ab.

Daher appellieren wir an die Landesregierung Rheinland-Pfalz, die bisher von der Landesintegrationsministerin und der Ministerpräsidentin unterstützte Aufbauarbeit zur Integration von afghanischen Flüchtlingen zu intensivieren und dem Bund im Bundesrat entschieden entgegen zu treten.

2. Keine Rückführungen von Flüchtlingen nach Griechenland!

Wir teilen die Sorge von PRO ASYL, dass die Abschiebungen nach Afghanistan erst der Anfang sein sollen. Während in Griechenland Tausende Schutzsuchende ungeschützt der klirrenden Kälte ausgesetzt sind und Kältetote befürchtet werden müssen, wollen die EU-Kommission und das Bundesinnenministerium den seit 2011 bestehenden Überstellungsstopp insbesondere nach Griechenland ab März beenden. Flüchtlinge sollen dorthin zurück, wo sie erstmals europäischen Boden betreten haben, auch wenn sie wissen, dass Griechenland aufgrund seiner Wirtschaftskrise und der besonders hohen Zahl von Flüchtlingen derzeit nicht in der Lage ist, humanitäre Standards zu garantieren.²

3. Familiennachzug für anerkannte Flüchtlinge erleichtern!

5000 Flüchtlinge, die letztes Jahr im Mittelmeer ertranken, sind eine stumme Anklage gegen die politische Abschottung Europas. Es braucht andere, legale Wege für Flüchtlinge nach Europa. Dafür findet sich derzeit in kaum einem europäischen Staat eine politische Mehrheit in den Parlamenten. Eine der wenigen akzeptierten Formen der legalen Einreise war der Familiennachzug von Flüchtlingen aus akuten Kriegsgebieten.

Doch selbst diese Möglichkeit erfährt eine Aushöhlung, denn selbst wenn Flüchtlinge in Deutschland eine Anerkennung erhalten haben, können sie nicht mehr auf einen legalen Nachzug ihrer Familie setzen: Das sogenannte kleine Asyl, das selbst Syrer seit November 2015 in der Regel nur noch erhalten, sieht dies auf mehrere Jahre nicht vor. Das bedeutet für alle Betroffenen eine humanitäre Katastrophe und behindert eine gelingende Integration. Daher appellieren wir hier an die Länder, Möglichkeiten mit dem Bund auszuloten, um den Familiennachzug anerkannter Flüchtlinge schneller zu ermöglichen und die deutschen Botschaften in Krisengebieten hier als aktive Unterstützer für den Familiennachzug zu fordern.

² <https://www.proasyl.de/news/griechenland-tausende-fluechtlinge-schutzlos-in-der-kaelte-und-bald-endet-der-abschiebestopp/>

4. Keine Ausgrenzung von Flüchtlingen aus der Integrationsförderung!

Die pauschale Unterteilung der Flüchtlinge als Bürgerinnen und Bürger aus unsicheren Herkunftsländern (aktuell: Syrien, Irak, Iran, Eritrea & Somalia), sicheren (6 Westbalkanstaaten sowie Ghana und Senegal) und die nicht nähere Definition der großen Menge der Länder, die dazwischen liegen (allen voran Afghanistan und nordafrikanische Länder), stellt die Weichen für den gesamten Integrationsprozess und damit dessen Gelingen oder Scheitern. Der Zugang zu Sprachkursen, zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, ggf. zu Sonderprojekten für Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und auch zu den entsprechenden Unterstützungsleistungen ist immer gekoppelt an die Herkunftsländer und die damit verbundene sog. Bleibeperspektive.

Diese künstliche Erzeugung einer Mehrklassenflüchtlingsgesellschaft per Rechtslage schließt die Flüchtlinge von gesellschaftlicher Teilhabe aus, verhindert aktiv die Integration und fördert durch das Fernhalten von Ausbildung und Arbeit die Dauerabhängigkeit vom Staat. Gegen diese staatlich geförderte Bedrohung des sozialen Friedens kämpfen unermüdlich all diejenigen, die durch persönlichen Einsatz nicht nur Begegnung in Welcome Cafés, Deutschlernen auch ohne Bundesfördermittel ermöglichen oder durch sonstiges Engagement den Integrationsprozess unterstützen.

Wir fordern daher mit den Wohlfahrtsverbänden und PRO ASYL:

Öffnung von Integrations- und Sprachkursen, Öffnung von Ausbildungsmöglichkeiten und gleicher Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Flüchtlinge - von Anfang an!

Im Rahmen der engen rechtlichen Möglichkeiten nutzen zwar einige Länder gewisse Ermessensspielräume, denn sie sind es letztlich, die die von den örtlichen Ausländerämtern veranlassten Abschiebungen koordinieren oder durch kleinere Landesförderprogramme Sprach- und Integrationsförderung bisher diskriminierten Flüchtlingen zukommen zu lassen. Doch die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat könnten mehr möglich machen!

Daher richtet sich unser Appell nicht nur an die Landesregierung in Rheinland-Pfalz, sondern auch besonders an den Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg und an die 11 von GRÜNEN mitbestimmten Landesregierungen.

Einstimmig beschlossen in der Mitgliederversammlung
von Bündnis 90/Die Grünen Trier, 30. Januar 2017